Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

| | |
|---|---|
| Sitzungsdatum: | Dienstag, den 13.03.2018 |
| Beginn: | 17:00 Uhr |
| Ende | 18:30 Uhr |
| Raum: | Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal |

**Anwesend:**

*Vorsitzende/r*
Frau Sabine Ehlert

*stellv. Vorsitzende/r*
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

*Mitglieder*
Frau Kerstin Friesenhahn
Herr Harald Ihlo
Frau Anett Kindler
Frau Maria Quintana Schmidt
Frau Sabine Tiede

*Vertreter*
Herr Bernd Röll — Vertretung für Frau Brigitta Tornow

*Protokollführerin*
Frau Maxi Hoffmann

*von der Verwaltung*
Frau Sarah Cornils
Frau Kathi Gutsmuths
Herr Jan Höhndorf
Frau Anja Schmuck
Frau Luisa Behrwalde

*Gäste*
Frau Jutta Lüdecke
Frau Jana Michael
Frau Tahera Ameer
Herr Roland Kleina
Herr Winfried Roock
Herr Thomas Nitz
Frau Miriam Weber
Frau Sophia Fuchs
Frau Sabine Büsse
Frau Martina Becka

**Tagesordnung:**

| | |
|---|---|
| **1** | Bestätigung der Tagesordnung |
| **2** | Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 10.01.2018 |
| **3** | Beratung zu Beschlussvorlagen |
| **4** | Beratung zu aktuellen Themen |
| **4.1** | Bericht zur Polizeistatistik |
| **4.2** | Konflikte in der Auferstehungskirche im Stadtteil Grünhufe |
| **4.3** | Vorstellung des bundesweiten Netzwerkes zur Stärkung und Unterstützung von Aktivitäten aus Migrationsorganisationen in der Flüchtlingsarbeit |
| **5** | Verschiedenes |
| **9** | Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil |

## zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

## zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 10.01.2018

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 10.01.2018 wird ohne Änderungen/Ergänzungen beschlossen.

Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

## zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil vor.

## zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

## zu 4.1 Bericht zur Polizeistatistik

Frau Ehlert begrüßt die Gäste der Polizei. Sie erläutert, dass die Polizeistatistik des Innenministeriums noch nicht bestätigt wurde. Aus diesem Grund gibt es auch noch keine weiteren Inhalte zu diesem Thema.

Frau Dr. Carstensen stellt eine Frage zum Thema der personellen Ausstattung im Polizeihauptrevier Böttcherstraße.

Der stellvertretende Revierleiter Herr Kleina beklagt den Mangel an Arbeitskräften und schildert den mangelhaften Zustand des Gebäudes in der Böttcherstraße.
Frau Ehlert bittet darum, dass diese Stellungnahme auch an die Fraktionen und Landtagsabgeordneten weitergeleitet werden sollte.

## zu 4.2 Konflikte in der Auferstehungskirche im Stadtteil Grünhufe

Herr Kleina berichtet von der Situation an der Auferstehungskirche. Im letzten Jahr gab es bereits einen Artikel in der Ostseezeitung zu diesem Thema, ob und in welchem Umfang es dort Einsätze der Polizei gab. Der Bereich in Grünhufe wurde verstärkt bestreift und es wurde Kontakt zu den betreffenden Personen aufgenommen. Angeblich fielen dort Lärmbelästigungen, Versammlungen von Jugendlichen und Übergriffe vor. Es gab vor Ort allerdings aus polizeilicher Sicht keine Besonderheiten und keine weiteren Einsätze.

Frau Ehlert bedankt sich für die Ausführung der Polizei.

Herr Röll schildert die dortigen Verhältnisse aus eigener Erfahrung. Das Problem bezieht sich auf den hohen Andrang der jungen Leute in der Auferstehungskirche, denn es gibt zu wenig Personal zur Betreuung. Der Grünhufer Bevölkerung ist eine hohe Anerkennung anzurechnen, denn ca. 1/3 der Bevölkerung sind Migranten.

Frau Dr. Stahlberg erläutert, dass es einen hohen Anteil an Besuchern gibt, die beschäftigt werden möchten. Sie fragt Herrn Röll, in wie weit die Besucher speziell berufstechnisch vor Ort gefördert werden.

Die Auferstehungskirche bietet neben dem Jugendclub „2day“ die einzige Jugendhilfearbeit in Stralsund. Daraus ergibt sich ein massives Defizit an Jugendarbeit. Durch die hohe Anzahl ist keine bestmögliche Arbeit mit den Jugendlichen machbar. Die eigentlich angestrebte Jugendarbeit ist deswegen nicht vollziehbar.

Frau Ehlert begrüßt Herrn Nitz und bittet ihn um Darstellung der Situation in der Auferstehungskirche.

Herr Nitz führt aus, dass kein Problem in der Auferstehungskirche in Grünhufe vorliegt, sondern eine Herausforderung. Die Kirche ist ein Friedensort und ist zusätzlich zuständig für die Jugendarbeit dort. Das Konfliktpotenzial liegt in den Zahlen begründet. Herr Nitz begründet dies durch statistische Erhebungen. Zu beachten ist, dass es nicht nur die in den letzten Jahren zugewanderten Menschen gibt, sondern auch diejenigen, die seit Generationen in Stralsund leben und auch zu den Besuchern zählen. Das Konfliktpotential geht nicht unbedingt von den Asylbewerbern aus, sondern insgesamt ist dieser Stadtteil geprägt von z. B. Leistungsempfängern.

Außerdem ist dieser Stadtteil sehr jung und ca. 32% der Bewohner sind Jugendliche, was einen lebendigen Alltag mit sich zieht. Es sind zu viele Jugendliche für die gegebenen Kapazitäten. Aus diesem Grund kann die Jugendarbeit der Auferstehungskirche nicht mehr so greifen, wie anfangs gedacht. Der beschriebene Freitagabend ist nicht ausschlaggebend, sondern das fehlende Personal zur Betreuung der Jugendlichen. Das Alter der ca. 200 Besucher ist im Durchschnitt zwischen 14 und 30 Jahren. Die Anzahl der Besucher ist deswegen so hoch, weil Menschen aus der gesamten Umgebung dort einen Treffpunkt gefunden haben, was zu Lärmbelästigungen führt.

Herr Nitz merkt an, dass die Besucher nicht sofort nach den Veranstaltungen nach Hause gehen und dadurch Vorort noch Lärm erzeugen. Die Jugendarbeit kann aus diesem Grund nicht stillgelegt werden, sondern es bedarf weiterer Förderungen mit mehr Personal.

Frau Ehlert fasst den Kontext zusammen und erläutert das Fehlen von weiteren Möglichkeiten in Stralsund, um sich abends zu treffen.

Frau Friesenhahn erfragt anschließend, was das genaue Angebot der Auferstehungskirche ist.

Herr Nitz erklärt ihr die genauen Beschäftigungsangebote vor Ort.

Frau Tiede erkundigt sich, welcher Religion die Besucher angehören und ob dadurch Probleme entstehen.

Herr Nitz berichtet über die Vielfalt der anzutreffenden Religionen. Die Glaubensrichtungen seien bunt gemischt und ausschließlich Christen seien dort eine Ausnahme.

Herr Röll betont, dass die Stadt diesen Sachverhalt tatkräftig unterstützt und merkt an, wie man noch mehr Mittel bekommen könnte.

Frau Ehlert macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis auch miteinbezogen werden muss.

Frau Carstensen berichtet von einer Einladung zu einer weiteren Veranstaltung zur Integration. Außerdem berichtet sie, dass es vor zehn Jahren noch viel mehr Jugendclubs in Stralsund gab. Deswegen muss eine neue Alternative gefunden werden.

Frau Friesenhahn wirft ein, dass es in Grünhufe noch weitere Immobilien geben würde, wo die Jugendlichen sich treffen können.

Frau Kindler geht auf die Vergangenheit der Jugendclubs ein und das finanzielle Probleme der Hauptgrund von Schließungen waren. Sie stellt ein weiteres Projekt in Stralsund, welches privat betrieben wird und von der Stadt unterstützt werden sollte, vor.

Frau Schmuck, als Migrations- und Integrationsbeauftragte der Verwaltung, stellt eine Gesprächsrunde vor, die aus Vertretern des Landkreises, der Hansestadt Stralsund und der Kirche besteht. Dort werden Vorschläge gemacht, um die Situation zu verbessern, wie z.B. eine personelle Verstärkung und Umfragen durchführen, die die Bedürfnisse der Besucher besser aufzeigen sollen. Des Weiteren soll eine weitere Örtlichkeit gefunden werden.

Herr Röll unterbreitet den Vorschlag, dass die Immigranten ihre eigene Jugendarbeit machen sollen.

Frau Friesenhahn unterstützt diesen Vorschlag nicht, denn dies würde nur zu Ausgrenzungen untereinander führen.

Frau Ehlert bringt dazu aber noch an, dass die Integration aus gemischten Religionen/Kulturen bestehen sollte.

Herr Nitz führt ein Beispiel aus Rostock an, denn dort gibt es solche interreligiösen Integrationen.

Frau Ehlert bittet Frau Schmuck darum, bei der nächsten Ausschusssitzung das derzeitige Ergebnis aus ihrer Runde vorzustellen.

Frau Dr. Carstensen weist noch einmal darauf hin, dass es eine Pflicht ist, den Jugendlichen öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen.

Frau Ehlert bedankt sich bei allen Beteiligten zu diesem Thema.

**zu 4.3 Vorstellung des bundesweiten Netzwerkes zur Stärkung und Unterstützung von Aktivitäten aus Migrationsorganisationen in der Flüchtlingsarbeit**

Frau Ehlert begrüßt die anwesenden Gäste Frau Jana Michael von Tutmonde e.V. und Frau Tahera Ameer von der Amadeu-Antonio-Stiftung. Frau Ameer bringt zur Veranschaulichung eine Tischvorlage mit ein, die den Ausschussmitgliedern im Anhang zur Niederschrift und im Ratsinformationssystem als externes Dokument zur Verfügung steht.

Frau Ameer stellt den Ausschussmitgliedern die Amadeo-Antonio-Stiftung und deren zukünftige Projekte und Inhalte vor. Sie führt aus, dass die Stiftung in Verbindung mit dem regionalen Partner Tutmonde e.V. finanzielle Unterstützung von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung bekommen hat und diese für Projekte im Landkreis Vorpommern-Rügen einsetzen will. In Stralsund soll das zur Verfügung stehende Geld eingesetzt werden, um eine Personalstelle zu finanzieren, die die regionalen Akteure im Bereich Migration und Integration bis Ende 2018 unterstützen soll. Zur Unterstützung der Amadeo-Antonio-Stiftung erläutert sie, dass sich diese vorrangig zur Stärkung von kommunalen Zivilgesellschaften in Kooperation mit samo.fa einsetzt. Die Stiftung verfolgt zwei zentrale Bereiche. Zum einen die Fokussierung der Aufmerksamkeit auf Geflüchtete und Migranten, insbesondere die Migranten, die schon 15 bis 20 Jahre in der Region leben und zum anderen die Unterstützung und Verknüpfung der regionalen Partner, die sich mit diesem Bereich beschäftigen, langfristig zu stärken.

Frau Michael stellt die Säulen des Vereins Tutmonde e.V. vor und schildert die regionale entwicklungspolitische Arbeit und weist insbesondere auf die Tätigkeiten der Kommunen in Deutschland hin. Frau Michael verfolgt das Ziel, in Stralsund eine Antidiskriminierungsstelle für Kitas und Schulen zu errichten um die Integration der Kinder zu fördern. Die Gelder sind für die Personalstelle und für über 50 Veranstaltungen, die sich vorrangig an Frauen und Kinder richten, in Stralsund vorgesehen. Sie betont, dass die medizinische Unterstützung durch Ärzte mit Niederlassung in Stralsund gewährleistet werden soll und stellt alle Kooperationspartner aus Mecklenburg-Vorpommern vor. Die Veranstaltungen und der Sitz der Anlaufstelle werden in den Räumlichkeiten der Volkshochschule Stralsund sein.

Frau Ehlert bedankt sich für die ausführlichen Informationen und das Engagement. Sie schlägt vor, zu der gemeinsamen Gesprächsrunde am 28.03.2018 Frau Ameer, Frau Michael und Herrn Nitz einzuladen, um die anstehenden Projekte zu planen.

Frau Kindler erkundigt sich nach der Erreichbarkeit der Gäste.

Frau Ameer führt aus, dass die neue Kollegin ab 19.03.2018 in den Räumlichkeiten der Volkshochschule zu finden ist und dort auch Sprechzeiten hat. Die Internetseite befindet sich im Aufbau und wird bis Ende März fertig gestellt. Sie betont, dass die Gelder bis Ende 2018 zur Verfügung stehen und daher zeitnah und nachhaltig in Stralsund genutzt werden sollen. Auf die Nachfrage von Frau Tiede nach der Zielgruppe dieser Veranstaltungen, weist Frau Michael darauf hin, dass Männer nicht ausgeschlossen werden, aber eine nachhaltige Integration vorrangig durch Frauen und Kinder funktioniert.

Frau Ehlert bedankt sich den Gästen und schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu 5 Verschiedenes**

Frau Ehlert aktualisiert in diesem Zusammenhang den Arbeitsplan 2018. Aufgrund der erschienen Prioritätenliste für die Verteilung der Gelder aus dem 04. Bundesförderprogramm sieht die Ausschussvorsitzende Gesprächsbedarf und möchte das Thema in der nächsten Sitzung am 10.04.2018 auf die Tagesordnung setzen.
Die Ausschussvorsitzende führt die Vertreter auf, die zu dieser Sitzung einzuladen sind.

Des Weiteren möchte sie über die Beräumung der öffentlichen Plätze der Stadt informiert werden.

Die Ausschussmitglieder zeigen sich mit den Änderungen einverstanden.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

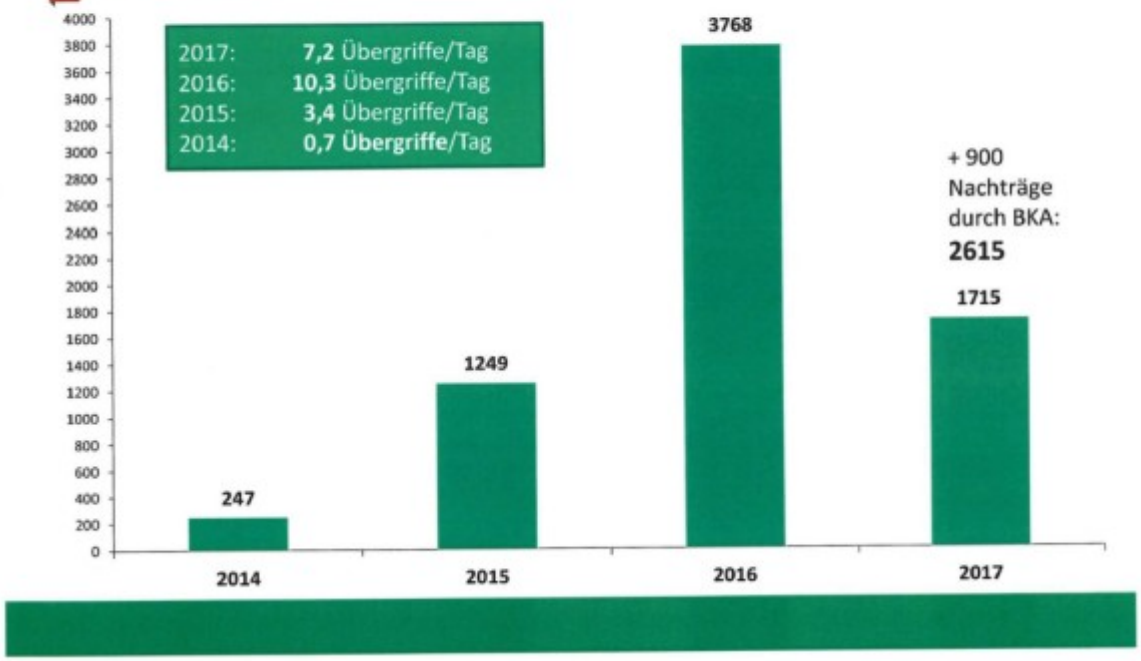
Frau Ehlert bedankt sich für die Mitarbeit und beendet die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

gez.
Sabine Ehlert
Ausschussvorsitzende

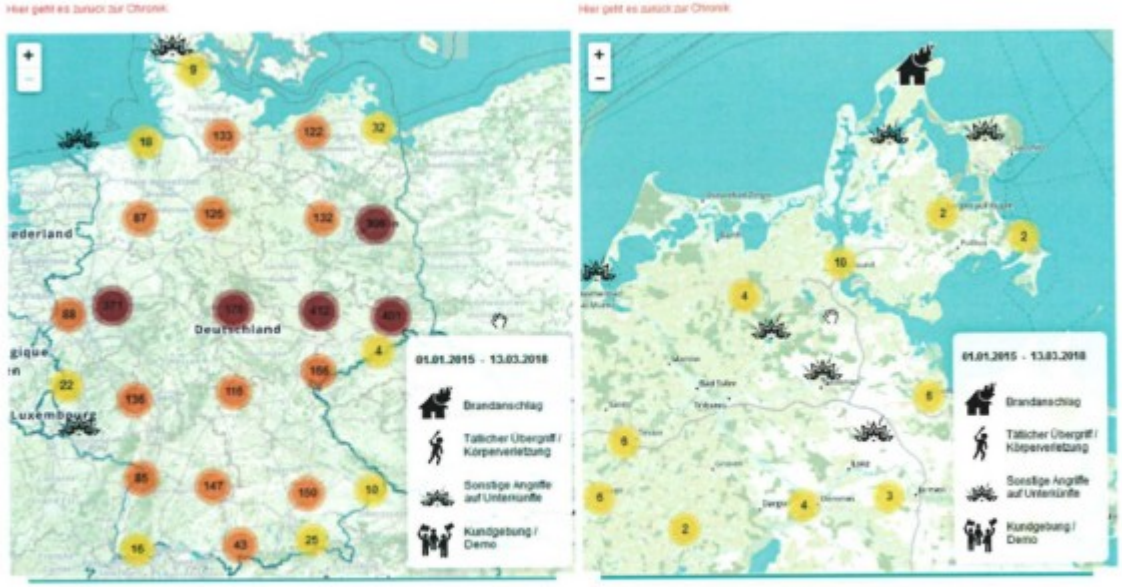
gez.
Maxi Hoffmann
Protokollführung

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

## Anzahl der Übergriffe auf Geflüchtete, ihre Wohnungen und Unterkünfte




AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR




- **Karte flüchtlingsfeindlicher Vorfälle | Mut Gegen Rechte Gewalt**
- **Dokumentation von Übergriffen im Projekt Schutzschild**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

# Gewalt gegen Asylsuchende 2016

| Bundesland | Einwohner | Vorfälle | Vorfall zu Einw. |
|---|---|---|---|
| Brandenburg | 2.484.826 | 345 | 7.202 |
| Sachsen | 4.084.851 | 469 | 8.710 |
| Sachsen-Anhalt | 2.245.470 | 210 | 10.693 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.612.362 | 142 | 11.354 |
| Thüringen | 2.170.714 | 194 | 11.189 |
| Schleswig-Holstein | 2.858.714 | 216 | 13.235 |
| Berlin | 3.520.031 | 250 | 14.080 |
| Bayern | 12.843.514 | 558 | 23.017 |
| Niedersachsen | 7.926.599 | 302 | 26.247 |
| Baden-Württemberg | 10.879.618 | 318 | 34.213 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.865.516 | 487 | 36.685 |
| Saarland | 995.597 | 25 | 39.824 |
| Hamburg | 1.787.408 | 43 | 41.568 |
| Rheinland-Pfalz | 4.052.803 | 96 | 42.117 |
| Bremen | 671.489 | 13 | 51.653 |
| Hessen | 6.176.172 | 106 | 58.266 |
| Deutschland gesamt | 82.175.684 | 3774 | 21.774 |

